

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 pobn d

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger MdB
zum zweiten Jahrestag der
Atomkatastrophe in Tschernobyl:
Jetzt aus der WAA
aussteigen.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB zu den
Strukturveränderungen bei der
Ruhrkohle AG: Ein Beispiel,
daß der soziale Konsens ge-
wahrt bleiben kann.

Karin Radermacher MdL zum
Umgang des Freistaates Ba-
yern mit Oppositionsvertre-
tern: Abgeordnete zweiter
Klasse.

Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeord-
nete Jürgen Schmude hielt
beim „Interfaith Council on
the Holocaust“ am 24. April
in Philadelphia/USA einen
Vortrag, den wir in zwei Teil-
len dokumentieren. (Teil I)

Seite 6

43. Jahrgang 79

26. April 1988

Jetzt aus der WAA aussteigen

Zum zweiten Jahrestag der Atomkatastrophe in Tschernobyl

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Die bayerische SPD hat anlässlich des zweiten Jahrestages der atomaren Katastrophe von Tschernobyl an den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß appelliert, den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf abzubrechen. Die Mehrheit der bayerischen Bevölkerung will diese riskante Atomanlage nicht.

Für den Abbau der Bauarbeiten sprechen drei gewichtige Gründe, auf die sich Strauß stützen könnte.

1. Das rechtliche Fundament für den Bau der WAA ist völlig zusammengebrochen. Die Gerichte haben die Bebauungspläne als rechtswidrig aufgehoben. Einen Schwarzbau mit derartigen Ausmaßen und Folgen kann keine Regierung verantworten.
2. Die mit der WAA zusammenhängenden Sicherheits- und Gefährdungspotentiale kann keine Regierung der Welt, zumal keine, die christlichen Werten verbunden ist, verantworten. Nach dem Sicherheitsbericht der Betreiberfirma DWK sollen beim normalen Betrieb der WAA jährlich an die Umwelt abgegeben werden:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Produktion: Unipress
mit recycelten Rohstoffen
Resolving-Paper



- 0 1,85 Milliarden Becquerel Jod 129,
- 0 1,50 Milliarden Becquerel Tritium,
- 0 160 Milliarden Becquerel Krypton 85
- 0 7,9 Milliarden Becquerel Strontium 90
- 0 330 Kilogramm Plutonium.

– Und das alles ohne Unfall.

3. 780.000 Einwendungen gegen den Bau der WAA aus dem In- und Ausland beweisen, daß diese Anlage in höchstem Maße sozial unverträglich ist und zudem das nachbarschaftliche Verhältnis zu anderen Staaten schwer belastet.

Strauß selbst ist längst zur Erkenntnis gekommen, daß er sich mit dieser WAA das größte und schwierigste Problem seines ganzen Politikerlebens aufgeladen hat. Am liebsten würde er mit einer Zeitmaschine in die frühen achtziger Jahre zurückfahren, um den ganzen Prozeß ungeschehen zu machen. Seine ständig wiederholte Äußerung, Bayern errichte die WAA nur als Vollzugshilfe des Bundes und nicht aus eigenem Antrieb, beweist, daß er nur noch widerwillig bei der Sache ist und selbst nach geeigneten Auswegen sucht.

Wir Sozialdemokraten trauen dem bayerischen Ministerpräsidenten jene Weitsicht und jene staatsmännische Klugheit zu, die notwendig sind, um den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage jetzt abubrechen.

(-/26.4.1988/vo-he/rs)

* * *

Das Beispiel Ruhrkohle AG

Wie man Strukturveränderungen so durchführen kann, daß der soziale Konsens voll gewahrt bleibt

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Mit Abschluß der Kohlerunde haben die Arbeitsgemeinschaft der Gesamtbetriebsräte der Ruhrkohle AG (RAG), der Vorstand und der Aufsichtsrat einen neuen Rahmensozialplan unterzeichnet. Hierin ist festgelegt, daß keiner wegen der wirtschaftlichen Gegebenheiten seinen Arbeitsplatz verlieren wird und diejenigen, die aus dem Unternehmen ausscheiden, neben dem Anpassungsgeld weitere soziale Leistungen erhalten werden. Das gilt auch für alle diejenigen, die zu anderen Betrieben oder Schachtanlagen verlegt werden müssen.

Bei Betrachtung dieser Leistungen des Sozialplanes stellt man mit Zufriedenheit fest, daß die Beteiligten alle Voraussetzungen geschaffen haben, um eine Sozialverträglichkeit des wirtschaftlichen Anpassungsprogrammes zu gewährleisten. Daß hierbei die IG Bergbau und Energie eine besondere Rolle gespielt hat, ist nur selbstverständlich.

Auf jeden Fall zeigt das soziale Engagement der RAG, daß man nicht nur großen Wert auf eine neue Unternehmenskonzeption gelegt hat, sondern auch seinen sozialen Verpflichtungen gegenüber den betroffenen Arbeitnehmern gerecht geworden ist.

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, daß man Strukturveränderungen so durchführen kann, daß der soziale Konsens voll gewahrt bleibt. Das Konzept der Verbundlösung der Schachtanlagen ist wohl durchdacht und eine kluge Entscheidung, weil damit die erschlossenen und noch zu erschließenden Kohlevorräte für die Deutsche Energiewirtschaft erhalten und zur Verfügung gestellt werden.

(-/26.4.1988/vo-he/rs)

* * *

Abgeordnete zweiter Klasse

Zum Umgang des Freistaates Bayern mit Oppositionsvertretern

Von Karin Radermacher MdL

In Bayern gibt es offenbar Abgeordnete erster und zweiter Klasse. In diesem Eindruck sehe ich mich bestärkt, nachdem ich bereits zum dritten Mal eine eindeutige Bevorzugung des CSU-Abgeordneten meines Stimmkreises durch die Ministerien feststellen mußte.

In der Antwort auf meine Beschwerde über die „unterschiedliche und unkorrekte Behandlung“ teilte Landtagspräsident Dr. Franz Heubl mit, daß er die Ministerialdirektoren aller bayerischen Staatsministerien eindringlich gebeten habe, „ungleiche Behandlungen zu unterlassen“. „Selbstverständlich“, so Dr. Heubl, „bin ich der Ansicht, daß alle Abgeordneten von den Ministerien gleich zu behandeln sind, unabhängig davon, ob es sich um Stimm- und Wahlkreisabgeordnete handelt“.

Die Realität sah freilich bisher anders aus, wie die folgenden Beispiele deutlich machen.

1. Am 22. Dezember 1986 und am 16. Februar 1987 hatte ich mich an das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung gewandt und um Auskunft über die weitere Verwendung des Kreiskrankenhauses Dettelbach gebeten. Der CSU-Abgeordnete des Stimmkreises erhielt am 18. Februar 1987 eine ausführliche Antwort aus dem Ministerium, in der vermerkt war, die Abgeordnete Radermacher würde zu gegebener Zeit auch unterrichtet.
2. Der CSU-Abgeordnete Brosch hatte sich am 30. April 1987 an Staatssekretär Dr. Rosenbauer gewandt und am 18. August 1987 eine Antwort erhalten. Ich erhielt acht Tage später eine Ablichtung der Antwort an den CSU-Abgeordneten. Eine eigene Antwort auf mein Schreiben vom 5. Mai 1987 war ich dem Ministerium offenbar nicht wert.
3. Mit Schreiben vom 1. Dezember 1987 wollte ich vom Kultusministerium eine Stellungnahme zum Fortbestand der Berufsschule. Am 8. März 1988 entnahm ich der Presse ein Schreiben von Staatssekretär Glück an den CSU-Abgeordneten Brosch in gleicher Sache. Mein Schreiben war nicht beantwortet worden. Auf meine Beschwerde hin entschuldigte sich der Staatssekretär damit, daß sein Antwortschreiben an mich „in unserem Hause liegengeblieben ist“. Er bedauerte, daß „durch diesen fehlerhaften Aktenlauf politischer Schaden entstanden ist“ und sicherte zu, daß sich ein solches Vorkommnis nicht wiederholen wird.

Die geschilderten Fälle untermauern den von der SPD-Landtagsfraktion auch auf anderen Gebieten erhobenen Vorwurf einer „engen Verbandelung des Staatsapparates mit der CSU“. Durch eine vorzeitige Information verschaffen die Ministerien den CSU-Abgeordneten einen Vorsprung zur Bekanntmachung einer politischen Initiative und mißbrauchen damit ihre „Wissensmacht“ für parteipolitische Zwecke.

Ein ständiges Ärgernis ist auch die Tatsache, daß sich die meisten Ministerien oft Monate Zeit lassen, ehe sie eine Anfrage der SPD beantworten, obwohl nach der Geschäftsordnung eine Vier-Wochen-Frist vorgesehen ist. Kommen die Antworten dann endlich, sind sie häufig unvollständig, nichtssagend und vielfach in einem so arroganten Ton gehalten, daß man nur noch von Mißachtung des Parlaments sprechen kann.

(-/26.4.1988/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION
=====

Jürgen Schmude: Was bedeutet Holocaust für uns heute? (Teil I)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Schmude hielt beim „Interfaith Council on the Holocaust“ am 24. April in Philadelphia/USA einen Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren.

Der Sand des Vergessens kann allmählich auch das höchste Gebirge der Schande und des Unrechts bedecken. Manche halten das für gut. Sie meinen, der schreckliche Anblick nationalsozialistischen Unrechts müsse diejenigen lähmen und zum Verstimmen bringen, die doch unbelastet einen neuen Anfang machen sollen.

Wer so dankt, verkennt die große Gefahr des Vergessens. Was nämlich verschüttet und zugedeckt wird, bleibt trotzdem das Ergebnis tatsächlicher Geschehnisse in zwölf und mehr Jahren. Es bleibt ein zu Geschichte gewordenes System von Irrwegen und Verbrechen. Geplant waren sie von einer kleinen Gruppe böser Menschen. Ausgeführt, unterstützt und geduldet wurden sie von einem ganzen Volk.

Jedenfalls dieses Volk muß um seiner gegenwärtigen und künftigen Existenz willen verhindern, daß seine schreckliche Vergangenheit im Vergessen verschwindet. Sie wäre dann ja nicht wirklich weg, sondern nur verborgen. Und aus dem Dunkeln heraus könnte sie verhängnisvoll wirken. Gedankenlos und uninformiert könnten die Menschen wieder die Wege beschreiten, die schon einmal ins Verderben geführt haben. Arglos könnten sie sich der abscheulichen Ebene erneut nähern.

Ein Datum dieses Jahres gibt uns in Deutschland besonderen Anlaß zum Erinnern an den Holocaust. Der 9. November richtet unsere Blicke 50 Jahre zurück auf Ereignisse, die die ganze Entwicklung zum Holocaust hin wie das Licht heller Blitze erleuchtet haben.

Es ist ein Blick auf menschliche Schuld; diese hell erleuchtete Station auf dem Weg zur Hölle wurde von allen gesehen. Alle wurden Zeugen des Verbrechens, schweigende Zeugen, Komplizen durch Zustimmung oder auch Mittäter. Die Bezeichnung „Kristallnacht“ ist eine böse Lüge zur Verharmlosung der Untaten. Nicht nur um das Glas zerstörter Fenster, um Kristall, ging es, sondern um die Verletzung von Menschenrechten, um die Beschädigung der menschlichen Würde und auch um Mord.

Man weiß und wird es in diesem Jahr oft wiederholen: Etwa 30.000 jüdische Bürger Deutschlands wurden am 9. November vor 50 Jahren verhaftet. Die meisten von ihnen wurden in Konzentrationslagern eingekerkert. 91 jüdische Menschen wurden ermordet, sehr viele wurden mißhandelt und gequält. In aller Öffentlichkeit wurden 267 Synagogen verbrannt oder zerstört. Viele Tausende Geschäfte und Wohnungen wurden verwüstet.

Das Ereignis, eine Station auf dem Weg in die Hölle, rückt den Weg selbst in unser Blickfeld. Er hat eine lange Vorgeschichte. Seit Jahrhunderten waren in Europa jüdische Menschen benachteiligt, unterdrückt und verfolgt worden. Erheblichen Anteil hatte daran die religiöse Diffamierung des Judentums durch die Christen. Die Christen selbst haben ihre Kirche schwer beschädigt, als sie den engen historischen Zusammenhang zwischen Kirche und Israel verkannten und leugneten. Heute wissen wir, daß die Achtung vor dem Volk des Gottes Israels wesentlicher Bestandteil des christlichen Glaubens sein muß. Damals wurde mit Diffamierung der gesellschaftlichen Ächtung der Juden und ihrer Entrechtung der Weg bereitet. Zahllos sind im deutschen Recht früherer Jahrhunderte die Verbote, Einschränkungen und besonderen Belastungen der Juden.

Trotz alledem aber hatten die europäischen Juden eine besonders enge Beziehung zum deutschen Volk. Marx, Freud und Einstein waren deutsche Juden. Die grundlegenden Werke der zionistischen Bewegung wurden deutsch geschrieben. Theodor Herzl ging davon aus, daß in dem von ihm entworfenen neuen jüdischen Staat deutsch gesprochen werden würde. Nahum Goldmann, der erste Präsident des jüdischen Weltkongresses, sagte uns, daß Juden kaum ein anderes Volk so geliebt und bewundert haben wie die Deutschen.

Dann aber mußten sie lernen, die Deutschen wie kein anderes Volk zu hassen. Denn die Verfolgung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland war unvergleichlich schlimmer als alles vorher Gewesene. Sie erfolgte im Rahmen der Rechtsordnung, indem nämlich die Gesetze selbst zu Instrumenten der Unterdrückung und Entrechtung gemacht wurden. Schritt für Schritt wurden den Juden auf gesetzlichem Wege ihre Bürgerrechte genommen und ihre Menschenrechte abgesprochen. Das geschah öffentlich und für jedermann sichtbar. Die Deutschen, auch die Rechtsgelehrten unter ihnen, beruhigten sich mit dem Gedanken, daß alles in gesetzlicher Form vor sich ging. Sie waren mehr Untertanen als Bürger und unfähig im Kleid des Gesetzes das Unrecht zu erkennen. Oder sie wollten es nicht erkennen.

Indem man den Opfern die menschlichen Rechte nahm und ihre Achtung als Menschen ständig verringerte, bereitete man sie auch für die physische Vernichtung vor. Den künftigen Mördern wurden die Hemmungen genommen, die Schwelle zum Mord abgesenkt. Der 9. November 1938 war tatsächlich trauriger Höhepunkt in dieser Entwicklung. Danach schritt das Unheil noch schneller voran.

Etwa drei Jahre später wurde der Holocaust beschlossen. Der Massenmord selbst wurde dann mit technisch-fabrikmäßiger Perfektion ausgeführt. Er wurde systematisch geplant, technisch-präzise vorbereitet, bürokratisch-perfekt organisiert und ebenso gehorsam wie erbarmungslos durchgeführt. Bereits das schließt jede Gleichsetzung des Holocaust mit anderen großen Verbrechen der Geschichte aus.

Diese Perfektion und Systematik erregt auch beim deutschen Betrachter immer noch Grauen. Denn es waren typisch deutsche Eigenschaften und Haltungen, mit denen das Verbrechen ausgeführt wurde. Fleiß, Zuverlässigkeit, Gründlichkeit, Ausdauer und Disziplin sind Haltungen, auf die Deutsche stolz sind und die andere Völker an den Deutschen bewundern. Der Stolz ist gebrochen. Wo immer solche Begriffe heute in Deutschland verwendet werden, entsteht Argwohn und man fragt nach dem Ziel und dem Zweck dieser sogenannten Sekundärtugenden. Einmal verbrecherisch mißbraucht, können sie nur noch anerkannt werden, wenn ein guter Zweck sie legitimiert.

Übrigens gilt das auch für manche deutschen Begriffe und Sprichwörter. Nach dem Mißbrauch für die Verharmlosung des Verbrechens oder die Verhöhnung der Opfer sind sie für einen harmlosen Sprachgebrauch verbrannt und können nicht mehr so verwendet werden wie vor 80 oder 100 Jahren.

Es gibt viele Erklärungen dafür, wie es zum Holocaust kam und was ihn besonders gefördert hat. Und doch bleibt er letztlich unerklärlich.

(-/26.4.1988/rs/ks)

* * *

(Teil II und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).